



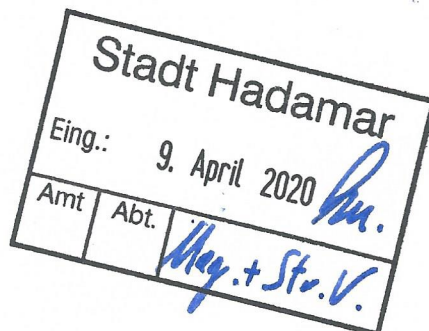
INES CLAUS

VORSITZENDE DER CDU-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 350 532
Telefax (0611) 350 555
i.claus@ltg.hessen.de
www.cdu-fraktion-hessen.de

An den
Bürgermeister der Stadt Hadamar
Herrn Michael Ruoff
Untermarkt 1
65589 Hadamar

- per Mail -
m.ruoff@stadt-hadamar.de



Wiesbaden, den 06.04.2020
IC/ST

Resolution der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hadamar zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ruoff,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung der Resolution der Stadtverordnetenversammlung Hadamar vom 19.02.2020 zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Ihrer Stadt. Die Resolution möchte ich gerne im Namen meiner Fraktion beantworten.

Das Thema Straßenausbaubeiträge hat uns in der CDU-Fraktion hier im Hessischen Landtag, ebenso wie Ihre und viele andere hessische Kommunen, sehr beschäftigt. Eine sinnvolle Lösung, die sowohl der einzelnen Kommune, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gerecht wird, kann deswegen nicht eindimensional sein, sondern beachtet viele Standpunkte und Folgen. Wir haben uns die Entscheidung nicht leichtgemacht, lange diskutiert und schließlich - gemeinsam mit den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP - ein 5-Punkte-Maßnahmenpaket vereinbart, das bereits im Sommer 2018 im Hessischen Landtag verabschiedet wurde.

Lassen Sie mich kurz unsere Beweggründe und Gedankengänge, auch vor dem Hintergrund der Resolution Ihrer Stadtverordnetenversammlung in Hadamar, skizzieren:

Die Erhaltung der kommunalen Straßen und die Beitragserhebung sind ureigene Aufgaben der Kommunen und Ausfluss ihres kommunalen Selbstverwaltungsrechtes, welches verfassungsrechtlich in Art. 28 GG verankert ist. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen liegt somit in der Entscheidungskompetenz der politischen Mandatsträger vor Ort. Das möchten wir beibehalten, denn wir sind überzeugt, dass bedarfsgerechte und bürgernahe Entscheidungen direkt in den Kommunen am besten getroffen werden können. Die individuellen Verhältnisse und die Sachkunde vor Ort, würden bei einer generellen Übernahme und pauschalen Zahlung an die Kommunen durch das Land völlig unberücksichtigt bleiben.

Zu der Entscheidungsfreiheit der Kommunen gehört aber auch, wie Ihre Stadtverordnetenversammlung in der Resolution vom 19.02.2020 richtig darlegt, die Möglichkeit selbst zu entscheiden, mit welchen Mitteln die Straßen saniert werden sollen. Dafür stehen die Finanzierung der Sanierung über die Grundsteuer, (wiederkehrende) Beiträge oder Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs an, je nachdem wie die finanzielle und tatsächliche Situation vor Ort darstellt. Durch unsere Gesetzesänderung aus dem Jahr 2018 ist es den Kommunen insofern jederzeit möglich, die Straßenbeiträge abzuschaffen. Insgesamt hat sich die Lage des kommunalen Haushalts spürbar verbessert. Die Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) haben beispielsweise in den Jahren 2018 und 2019 Rekordhöhen erreicht. Mit der

HESSENKASSE lösen wir für die Kommunen die sogenannten Kassenkredite ab und mit unseren Kommunalinvestitionsprogrammen (KIP I bzw. KIP II) unterstützen wir Investitionen in die verschiedenen Bauvorhaben direkt vor Ort, auch hinsichtlich des Straßenausbaus.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zum Programm „Starke Heimat Hessen“ haben wir auch die finanziell schwächer gestellten Kommunen, wie Ihre Stadt Hadamar, gestärkt.

Mit der Abschaffung und folglich kompletten Finanzierung der Straßenausbaubeiträge durch das Land haben wir uns in den Beratungen immer wieder sehr intensiv beschäftigt und uns schließlich dagegen entschieden. Auch und gerade in guten konjunkturellen Lagen gilt es, bei den Ausgaben Maß zu halten und für schlechtere Zeiten vorzusorgen. Das gilt vor dem Hintergrund der aktuellen Coronakrise umso mehr, da sich die Konjunktur voraussichtlich stark abkühlen wird. Eine faktische Abschaffung der Straßenbeiträge mit gleichzeitiger Entschädigung seitens des Landes würde nur schwer vorhersehbare, immense Mehrausgaben für den Landeshaushalt auf unbestimmte Zeit bedeuten. Dies ist sicher nicht die einfachste, aber dafür unserer Ansicht nach die ehrlichste Lösung. Es wäre außerdem aus unserer Sicht noch schwerer zu vermitteln, heute die Beiträge abzuschaffen und dann in schlechteren Tagen wieder einzuführen. Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass die grundsätzliche Möglichkeit Straßenausbaubeiträge zu erheben, in den vergangenen Jahrzehnten durchgängige Praxis und keine neue Regelung dieser Landesregierung war.

Im Hinblick auf die Sorgen vieler Grundstückseigentümer in Ihrer Stadt Hadamar kann ich gut nachvollziehen, dass im Angesicht von zum Teil hohen Beitragsrechnungen die Frage nach dem eigenen Nutzen und dem Anteil der Allgemeinheit durch die Betroffenen gestellt wird. Da es – wie es der Resolution Ihrer Stadtverordnetenversammlung auch zu entnehmen ist – bei den Einmalbeträgen auch zu hohen Belastungen für einzelne Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer kommen kann, wurde das Straßenausbaubeitragsgesetz im Jahre 2013 um die wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge erweitert. Hierdurch sollen die betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümer vor hohen Einmalzahlungen geschützt werden. Die jährlichen Beiträge sind deutlich geringer, zumeist sind es dreistellige Eurobeträge. Soweit innerhalb Ihrer Stadtverordnetenversammlung in Hadamar die Auffassung vertreten wird, die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sei für Hadamar unwirtschaftlich oder rechtlich unsicher, steht es Ihrer Kommune nach der aktuellen Rechtslage offen, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten. Daher ist kein Grund ersichtlich, die Erhebung von Straßenbeiträgen durch gesetzliche Vorgaben zu untersagen.

Die Höhe der Kosten, die auf einzelne Anlieger umgelegt werden, variiert zudem je nach Art der Straße. 25%, 50 % bzw. 75% werden immer von den Kommunen getragen, finanziert aus allgemeinen kommunalen Mitteln. Dass es trotzdem individuelle Härten gibt, bei denen Anwohner von hohen Beitragsrechnungen belastet werden, ist unstrittig und da haben wir nachgesteuert: Wir verbessern die Zahlungsabläufe und entlasten so die Anlieger. Ratenzahlung ist jetzt in jedem Fall möglich, die Raten können von den Kommunen auf bis zu 20 Jahre gestreckt werden. Zudem haben wir die Zinsen von 3% auf 1% gesenkt. Das sind spürbare Entlastungen für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Ihrer Stadt Hadamar. Uns ist bewusst, dass es durch das Instrument der Stundung auch zu Belastungen für die Kommunen kommen kann. Daher haben wir mit dem Haushalt 2020 den Kommunen die Möglichkeit gegeben, ein zinsloses Kommunaldarlehen bei der WIBank aufzunehmen und damit die Belastungen der Stundungen auszugleichen. Die Refinanzierungskosten dieser Darlehen trägt das Land Hessen.

Lassen Sie mich noch betonen, dass komplizierte Sachlagen oft keine einfachen Lösungen haben und uns bewusst ist, dass wir nicht jeden Einzelnen zufrieden stellen können. Wir gehen aber davon aus, dass das Maßnahmenpaket dazu geführt hat, individuelle Härten abzumildern und zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

